V. b. b. Zeitungen vom Verleger versendet. Journal expédié par l'éditeur.

2. Jahrgang · Nr. 56 · 25 Groschen

der Judenstaat

zionistisch-revisionistisches Organ — Erscheint wöchentlich

Abonnement'-Preis: Oesterreich: vierteljährig S 2.90, halbjährig S 5.50, ganzjährig S 10.- / Deutschland: vierteljährig RM 2.— / Polen: vierteljährig Zl. 3.50 Jugoslavien: vierteljährig Din. 40.— / Rumänien: vierteljährig Lei 100.- / C.S.R, vierteljährig Kc, 15.- / Schweiz und übrigen Länder: vierteljährig Schw. Frc. 2.90
Postsparkassen-Konti: Oesterreich B-11.035, — C.S.R, 501:540, — Polen Dr. Aroi Goldin 27.765, — Jugoslavien Rudolf Heller, Osijek 36.843

Wien, Freitag, den 1. Juni 1934 | Redaktion und Administration: Wien, I., Adlergasse 4 (Griechengasse 3) – Telephon R 23-0-04

Der jüdische Generalstreik in Palästina

Unser Berichterstatter meldet aus Jerusalem:

Die brutale Polizei provoziert.

Der Generalstreik war von durchgreifendem Erfolg. Es beteiligten sich ohne jeden äußeren Zwang — alle Teile des Jischuws.

Der Proteststreik wäre ganz ruhig verlaufen, wenn die Polizei nicht von Anfang an zu provozieren gesucht hätte: sie überfiel friedlich vorbeigehende Passanten, darunter Kinder und ältere Leute. Im orthodoxen Viertel Jerusalems »Meah Schearim« gingen einige britische Polizisten durch die fast menschenleeren Straßen herum und verprügelten grundlos und grausamst jeden Passanten.

Besonders zeichnete sich unsere »mutige« Polizei in Tel-Aviv aus. Dort wurden gleichzeitig mehrere Versammlungen veranstaltet. Am stärksten waren die Versammlungen in »Beth-Am« und »Gan-Rina« besucht. Da die Allenby-Straße der einzige Weg ist, der zu diesen Versammlungssälen führt, bildete sich dort nach Schluß der Versammlungen spontan eine Demonstration, an der sich ungefähr 15.000 Menschen beteiligten. Die Demonstranten marschierten ruhig, die Hatikwah singend, als sie plötzlich bei der Heß-Straße eine größere Abteilung der Tel-Aviver-Feuerwehr vor sich sahen, von der sie mit kaltem Wasser überschüttet wurden. Gleichzeitig stürzten sich, ohne die Menge früher zu warnen, bewaffnete Polizisten auf die friedlichen Tel-Aviver Bürger und schlugen auf alle Seiten los. Es entstand eine unbeschreibliche Panik. Sofort auseinanderzugehen war unmöglich, denn die Straße war von Menschen überflutet. Natürlich rief das barbarische Verhalten der Polizei starke Entrüstung hervor. Man schrie »Buz, die »Polizei«. Es flogen Steine. Die Straßenschlacht dauerte ungefähr eineinhalb Stunden. Das Resultat: fast 100 Verwundete aus dem Publikum, gegen 5 leichtverwundete Polizisten (übrigens der beste Beweis, daß die Menge friedlich gesinnt war). Die Polizei überfiel auch die in die Seitenstraßen flüchtenden einzelnen Menschen. Ein englischer Polizist schlug sogar den auf der Terasse seiner Privatwohnung stehenden Dr. Zwillinger auf den Kopf.

Aehnlich war das Verhalten der Polizei im ganzen Lande. So z. B. überfiel sie in Petach-Tikwa die in den Straßen spazierenden Männer ud Frauen und einen kleinen Jungen, den sie fast totschlug.

Die Linken lügen.

Die Linken und ihre Jewish Agency erklären, daß es in Tel-Aviv zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und den demonstrierenden Betarim kam. Das ist absolut unwahr. In Wirklichkeit befanden sich in den ersten Reihen Linke in Blaublusen und mit roten Abzeichen. Einige Kommunisten versuchten eine rote Fahne zu entfal-ten, wurden aber von der Polizei mit Hilfe des Publikums sofort verhaftet. Natürlich waren auch Betarim in Uniform zugegen, aber sie gingen nicht in geschlossenen Reihen, sondern waren unter der Menge verstreut. Als Beweis, daß es sich hier nicht um eine betarische Demonstration gehandelt hat, kann auch die Tatsache dienen, daß die Verwundeten keine Betarim sind.

Der Verlauf.

Ueber den Verlauf des Generalstreiks wird aus Jerusalem vom 24. Mai berichtet:

Der Streik verlief sehr imposant. Von 12 Uhr mittags bis 7 Uhr abends waren in Jerusalem, Tel-Aviv- und Haifa, sowie in den jüdischen Kolonien und zum Teil auch in den anderen Städten Palästinas die Geschäfte geschlossen. In allen Fabriken und Werkstätten ruhte die Arbeit. Der Verkehr war fast vollkommen stillgelegt. Dabei boten die Straßen, namentlich in den Städten, ein sehr bewegtes Bild.

Ueberall im Lande fanden massenhaft besuchte Protestversammlungen statt, in denen Redner aller Parteien, mit Ausnahme der extrem-orthodoxen Agudas Jisroel, scharfe Kritik an der den Aufbau des jüdischen Nationalheims hemmenden und somit mandatswidrigen Politik der Palästina-Regierung und der Mandatarmacht übten. Die Agudas Jisroel hat eine Erklärung veröffentlicht, wonach sie sich zwar dem Kampf gegen die Einwanderungspolitik der Regierung anschließt, jedoch einen Generalstreik nicht als geeignetes Kampfmittel erachtet.

Diese vereinigte Aktion der palästinensichen Judenheit verlief aber nicht ohne Opfer. In Tel-Aviv ging die Polizei gegen die in den Straßen angesammelte Menge vor, um sie zu zerstreuen. Dabei kam es wiederholt zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Demonstranten, bei denen etwa 50 Personen mehr oder weniger erheblich verletzt wurden. Auch in Jerusalem kam es an verschiedenen Stellen zu kleineren Zusammenstößen zwischen der Polizei und der promenierenden Menge.

Und vom 25. Mai:

Außerordentlich ernst waren die Zusammenstöße in Tel-Aviv, die zwei Stunden lang andauerten, wobei sich die Menge an einigen Stellen gegen die Polizei verbarrikadierte. Die Polizei stellte sich in der Bialik-Straße einer Menge gegenüber, die von der Protestversammlung in der Zental-Straße marschierte, und bediente sich dabei der Knüttel, um die Menge zu zerstreuen. Aus der Mitte der Demonstranten wurden Steine gegen die Polizei geschleudert. Gegen 6.30 Uhr abends griff die Feuerwehr in den Kampf ein, indem sie die Wasserspritzen gegen die Menge richtete. Aber auch jetzt wich die Menge nicht, bis Bürgermeister Dizengoff dazukam und die Menge beruhigte, die sich daraufhin zerstreute. Verwundet wurden sechs Polizisten, unter ihnen Inspektor Goffer; dieser trug erhebliche Verletzungen davon. Von den Demonstranten wurden 25 Mitglieder der Histadruth und 10 Revisionisten, ferner einige andere Personen aus der Menge verletzt.

Nun herrscht Ruhe.

Wie offiziell mitgeteilt wird, wurden bei dem gestrigen Zusammenstoß zwischen Demonstranten und Polizei in Tel-Aviv insgesamt 52 Personen verletzt und ins Krankenhaus zur Behandlung gebracht. 37 von den Verletzten konnten nach erster Hilfeleistung entlassen werden, die übrigen 15 mußten zu weiterer Pflege im Krankenhaus verbleiben. In Tel-Aviv herrscht nunmehr vollkommene Ruhe.

Krach im Wiener Palästina-Amt

Wie uns berichtet wird, hatte das Wiener Palästina-Amt am vergangenen Montag eine stürmische Sitzung zu verzeichnen. Es spielten sich Szenen ab, auf die der Vorsitzende mit vorzeitiger Schließung der Sitzung reagierte.

Das Wiener Palästinaamt ist in letzter Zeit an stürmische Auftritte in seinen Räumen gewöhnt. Fast wöchentlich versammeln sich dort hunderte junge jüdische Menschen, die ihr Recht auf Zuteilung von Einreiseerlaubnissen nach Palästina reklamieren. In der Hauptsache sehen sich Mitglieder des revisionistischen Berich Trumpeldor veranlaßt, Protest einzulegen, weil ihnen wegen einer ebenso sinnlosen wie ungerechten Verordnung der Zionistischen Exekutive, bezw. deren Einwanderungsdepartements, das Recht auf Inanspruchnahme von Einreisezertifikaten abgesprochen wurde. Diesmal aber handelte es sich um eine politische Auseinandersetzung, die mit der neuerlich bewiesenen Sabotage der jüdischen Einwanderung nach Palästina durch England und der Art, wie die offiziellen Instanzen der Zionistischen Organisation darauf reagieren, im Zusammenhang steht.

Der revisionistische Vertreter im Wiener Palästinaamt Dr. W. Perl brachte in der erwähnten Sitzung am Montag, den 28. Mai, eine Resolution ein, die folgenden Wortlaut hat:

Trotz der sehr loyalen Haltung der Zionistischen Exekutive gegenüber der britischen Mandatarmacht und der Palästinaverwaltung auf der einen Seite und der immer größer werdenden Judennot auf der anderen Seite, wurde auch diesmal wieder nur eine Zahl von Einreise-Zertifikaten bewilligt, die im grotesken Mißverhältnis sowohl zum ungeheuren Auswanderungsbedürfnis der Juden in der Zerstreuung als auch zur wirtschaftlichen Aufnahmsfähigkeit Palästinas steht.

Das österreichische Palästina-Amt ersucht die Zionistische Exekutive, dieses Verhalten als Glied einer Kette im systematischen Bruch und Boykott der Balfourdeklaration und des darin enthaltenen Versprechens der Errichtung eines Judenstaates zu beiden Seiten des Jordan vor aller Welt zu brandmarken.

Das österreichische Palästint-Amt ersucht die Zionistische Exekutive zu diesem Zwecke und zur Hintanhaltung künftiger ähnlicher Geschehnisse vor allem:

a) den Alijahreferenten Jirschak Grünbaum sofort abzusetzen und vor ein Kongreßgericht zu stellen.

b) sich demonstrativ an die Spitze der von den Revisionisten seit Jahren geforderten, nunmehr von der palästinenischen Bevölkerung eingeleiteten, jetzt auch schon von Herrn Shertok als richtig erkannten aktiven Widerstandes zu stellen.

c) zur Aufrüttelung der öffentlichen Meinung, eine Weltpetition für die freie jüdische Einwanderung nach Palästina zu beiden Seiten des Jordans, gerichtet an die einzelnen Regierungschefs, das britische Parlament und den König von Großbritannien, unverzüglich einzuleiten.

Nach Verlesung dieser Resolution durch Dr. Perl stand nun der Vertreter der Linken im Palästinaamt Wiens, ein Herr Schnittling auf, bezeichnete sie als »anmaßend, ja geradezu unverschämt«, was zur Folge hatte, daß ihm der revisionistische Vertreter eine Aktentasche ins Gesicht schleuderte. Es entstand ein Riesentumult, der Vorsitzende suchte die Situation dadurch zu retten, daß er den Linken rügte und den Revisionisten für drei Sitzungen ausschloß. Als der von der Sitzung ausgeschlossene Dr. Perl sich weigerte, den Sitzungssaal zu verlassen und erklärte, nur der Polizeigewalt weichen zu wollen, mußte der Vorsitzende die Sitzung schließen. Dr. Perl kündigte allerdings an, trotz seiner Ausschließung auch zur nächsten Sitzung zu erscheinen.

Diese Krawallszenen hatten aber auch noch ein bezeichnendes Vorspiel. Die Vertreter der Revisionisten im Palästinaamt, Dr. Perl und Adolf Scherzer, sind Führer von Berit Trumpeldor-Abteilungen und tragen als solche die Uniformen ihres Bundes. In diesen Uniformen waren sie zur vorletzten

und zur Sitzung am Montag erschienen. Alle Parteienvertreter des Wiener Palästinaamtes — mit Ausnahme des Vertreters der Judenstaatspartei und des Misrachi — faßten, ohne auch nur eine Debatte zuzulassen, den Beschluß, den beiden revisionistischen Vertretern das Tragen der Uniform während der Sitzungen zu verbieten.

Palästina-Jahresbericht vor der Mandats-kommission.

Genf. Der Jahresbericht der Mandatarmacht über die Verwaltung Palästinas im Jahre 1933 ist den Mitgliedern der Ständigen Mandatskommission, die am 30. Mai zu ihrer Frühjahrstagung zusammentritt, bereits zugestellt worden. Dieser Bericht, der ein umfangreiches Buch von etwa 300 Druckseiten darstellen wird, soll, wie wir erfahren, von der britischen Regierung am 14. Juni in London veröffentlicht werden. Es bestätigt sich, daß Sir Arthur Wauchope dieser Tagung der Mandatskommission nicht beiwohnen wird. Die Mandatarmacht wird durch den Generalsekretär der palästinensischen Regierung, Hall, vertreten sein.

Außer dem Jahresbericht der Mandatarmacht und dem Jahresbericht der Jewish Agency for Palestine liegen der Kommission zahlreiche, sich auf Palästina beziehende Petitionen vor. Jüdischerseits handelt es sich um seit bereits anderthalb Jahren vorgelegte Petitionen der Agudath Israel, des Waad Leumi und des Waad Aschkenasim in Sachen der palästinensischen Gemeindeordnung. Ferner erscheinen auf der Tagesordnung etwa sechs oder sieben arabische, meistens von arabischen Körperschaften außerhalb Palästinas stammende Petitionen, die teils zu Anfang, teils zu Ende 1933 eingelaufen sind. Die arabischen Petitionen haben durchwegs die Frage der jüdischen Immigration und gewisse Vorfälle im Oktober 1933 zum Gegenstand. Seit Dezember v. J. ist der Mandatskommission bisher keine neue arabische Petition überreicht worden.

Die Juden würden ihn lieber los werden.

Jerusalem. Meldungen der Jerusalemer hebräischen Presse zufolge dürfte der gegenwärtige High Commissioner von Palästina, General Sir Arthur Wauchope, dessen Amtsperiode in diesem Sommer abläuft, für weitere zwei Jahre zum High Commissioner bestellt werden. Die Entscheidung hierüber soll anläßlich des bevorstehenden Aufenthaltes Sir Arthurs in London fallen.

Freche Drohung eines Kolonialbriten-Richters.

Jerusalem. 11 jüdische Arbeiterführer, die auf Grund der neuen Verordnung, durch die das Postenstehen vor Betrieben, die arabische Arbeiter beschäftigen, verboten wird, in letzter Zeit verurteilt wurden, haben die Schawuoth-Feiertage im Gefängnis verbracht. Vier von ihnen sind erst am Freitag verurteilt worden, und zwar zu je zwei Monaten **Zwangsarbeit** ohne Berufungsrecht. Ein Strafaufschub bis nach den Feiertagen gegen Hinterlegung einer Kaution wurde ihnen verweigert. Bei Verkündung des Urteils erklärte der Richter, **Commander Bodilly**, die Regierung werde genötigt sein, die jüdische Einwanderung einzuschränken, falls der Kampf durch Postenstehen fortgesetzt werde.

***

Dieser Richter Bodilly, der da so schamlos Politik macht, hat auch schon früher Politik gemacht: als Vorsitzender des Friedensgerichts im Arlosoroff-Mordprozeß. So sieht die britische Kolonialjustiz im Jüdischen Nationalheim aus!

Mills endgiltig Einwanderungs-Kommissär der Palästina-Regierung.

Jerusalem. Eric Mills, bis jetzt stellvertretender Chefsekretär der Palästina-Regierung, wurde — wie nun offiziell mitgeteilt wird — zum Direktor des Einwanderungs-Departements der Palästina-Regierung als Nachfolger von Albert M. Hyamsons ernannt.

Captain Mills, der 42 Jahre alt ist, steht seit 1920 im Dienste der Palästina-Regierung, bei der er seine Karriere als Vize-Gouverneur des Nablus-Distrikts begann. 1925 wurde er zum stellvertretenden Chefsekretär ernannt und er vertrat einmal auch den High Commissioner. 1931 leitete er die Volkszählung in Palästina. Im Juni 1927 vertrat er die britische Regierung vor der Mandatskommission des Völkerbundes.

Die Tschechoslowakei auf der 6. Levante-Messe.

Prag. Der tschechoslowakische Pavillon auf der Levante-Messe in Tel Aviv wurde, wie schon mitgeteilt, am 1. Mai von dem Generalkonsul Kadlec aus Jerusalem feierlich eröffnet. Der Präsident der Messe, der Bürgermeister Tel-Avivs Dizengoff, konnte auf die engen Beziehungen hinweisen, die Palästina mit der Tschechoslowakei verbinden. Zahlreiche diplomatische Vertreter, offizielle Persönlichkeiten, sowie arabische Notabeln nahmen an der Eröffnung dieses in seiner Art einzig dastehenden Pavillons teil. Vom Handelsministerium in Prag war Rat Dr. Turnovsky erschienen, ferner der Leiter des tschechoslowakischen Messe-Pavillons, Ing. E. Stein, sowie der Konsul in Tel-Aviv, Dr. Grünwald. Zahlreiche Tschechoslowaken befanden sich unter den Anwesenden. Der Bau wurde unter Leitung Ing. Pacovskys, Prag, in 45 Arbeitstagen durchgeführt, für die Innenarchitektonische Ausschmückung sorgte Josef Weil.

Vladimir Jabotinsky:

Ein Resumé

1.

Der Streik in Tel Aviv vom 28. Mai stellt ein Resumée dar.

Man hat lange Jahre hindurch vorzutäuschen versucht, daß es zwischen dem Mandatar und der zionistischen Bewegung keinen politischen Konflikt gebe. Das — so pflegte man zu behaupten—das liegt nur in der Phantasie einer Partei. Der Jischuw als Ganzes und die Bewegung als ganze, sind zwar oft unzufrieden, das gehe aber nicht so tief, wie es die extremistische Partei darstellt. Das von der Mandatarmacht in Palästina geschaffene Regime gibt trotz allen Unbequemlichkeiten die volle Möglichkeit, praktische Arbeit in einem Maße zu leisten, das dem zionistischen Interesse entspricht, und das sei die Hauptsache. Die Bewegung, der Jischuw können sich wohl zu einem Schritt des Protestes mit Beziehung auf das eine oder andere Detail der Verwaltung, dann und wann gezwungen sehen, aber in Opposition zum Regime werden sie nie treten.

So! Jetzt, nach dem Streik vom 28. Mai, versuche man das Märchen aufrechtzuerhalten. Engländer wissen, was ein allgemeiner Streik bedeutet, sie haben Erfahrung bei sich zuhause. Aber nicht einmal bei sich zuhause haben sie einen so allgemein durchgeführten Streik gesehen. Ihre »Generalstreiks« waren immer auf eine einzige Klasse beschränkt, auf die Arbeiter. Die tatsächliche Kraft eines Generalstreiks hängt von der Anteilnahme des Mittelstands, des bürgerlichen Elements überhaupt ab. Erst wenn dieses teilnimmt, wenn die Geschäfte, die Restaurants die Cafés gesperrt sind, erhalten die Straßen den toten Charakter, das Gesicht eines allgemeinen Protestes. Nun versuche man vorzutäuschen, daß diese Manifestation nicht das bedeutet, was sie bedeutet. Den Protest gegen das Regime, das eine Sünde gegen den Zionismus darstellt, einen Bruch der Verpflichtung Englands, einen Betrug am Mandat. Das ist die einstimmige Meinung des ganzen Jischuw und der ganzen zionistischen Weltbewegung, aller Richtungen, sogar wie es scheint die Agutath Jisrael eingerechnet.

Diese Frage ist erledigt.

Unerledigt bleibt eine andere Frage. Wenn dem so ist, warum steht dann noch an der Spitze der Zionistischen Organisation gerade jene Gruppe, die jenes Regime stets gestützt hat?

2.

Ein gar schönes Resumé zeigt auch die politische Bilanz dieser Gruppe.

Ich spreche hier nicht von ihren fraktionellen Mitteln. Ein Teil mag sich Sozialisten nennen, ein Teil »Allgemeine der Gruppe A« (der Präsident selbst weiß nicht, wohin er gehört). Das ist unwichtig, insbesondere da die Sozialisten keine Sozialisten sind, die Allgemeinen ein ideenloser Mischmasch und der Präsident kein Präsident ist, in der Exekutive überhaupt nichts dreinzureden hat. Vereinigt sind sie nur durch eine Reihe historischer Sünden, geboren aus Leichtsinn und Blindheit. Hier ein Teil ihres Resumés, nur ein kleiner Tel, denn zu einer vollen Aufzählung würde das Papier nicht ausreichen. Sie haben unaufhörlich hinausgeschrien: »Die politischen Bedingungen in Palästina reichen hin, um dort praktische Arbeit in jenem Ausmaß zu leisten, das uns unsere Geldmittel gestatten. Die Lage in Palästina ist befriedigend. Sammelt nur Geld und vergeßt die Politik.« — Erledigt!

Sie waren es, die jede Warnung verlacht haben, die besagte, daß unter einem solchen Regime alles, was in Palästina von uns gebaut wird, gegen den Zionismus ausgenützt werden wird, daß mit unserem Reichtum die Araber werden verstärkt werden, daß der Sinn dieses Regimes in den Worten besteht: »Viel jüdisches Geld, aber wenig Juden!« Sie haben die Warnungen verlacht. Heute muß ungeachtet aller Wunder des ökonomischen Aufschwungs Palästinas der alte Dizengoff ausrufen: »Wir haben nichts mehr zu verlieren!« Und der alte Ussischkin: »Hier wird auf unsere Rechnung ein arabischer Staat gebaut!« Und der junge Shertok, der, was politischen Anstand betrifft, problematischen Charakters sein mag, der aber, im Vergleich mit seinen Amtsvorgängern wenigstens kein Dummkopf ist, hält im Aktions-Comité eine Rede aus der dieselbe politische Resignation herausklingt, wie aus den Herztönen der beiden älteren Führer. Und der Jischuw sperrt die Läden und die Fabriken und geht auf die Gasse, um mit der Polizei zusammenzustoßen. Erledigt!

Sie waren es auch, die den dummen zynischen, ideologisch unreinen Gedanken von der erweiterten Jewish Agency beschützt und durchgeführt haben, einen Gedanken, gebaut auf Verachtung des Geistes, der Idee, der Ueberzeugung und des Glaubens, gebaut auf sklavischem Kriechertum vor dem toten Dollar. Wie lange schon und wie tief erledigt!

Sie waren es, die den Gedanken der Legion bekämpften. Jetzt, da der Emir Abdallah selbst darum bittet, daß die Juden nach Transjordanien hereingelassen werden, sagt die Regierung: »Und wer wird euch dort beschützen? Die arabischen Legionen etwa?« Sie waren die Beschützer der Universitätskomödie. Zu einer Zeit, da das Leben unserer Jugend sich an den wichtigsten Hochschulen des Galuth in eine Hölle verwandelt hatte, wurden hunderttausende Pfund zur Gründung eines drittklassigen Instituts für wissenschaftliche Entdeckungen in Palästina gegründet, das in neun Jahren natürlich nichts Neues entdecken konnte, aber für Studenten keinen Raum schuf. Jetzt wissen es bereits alle, welch ein kindischer Irrtum das war und man würde das Institut gerne in eine Hochschule umwandeln. Aber das ist nun objektiv unmöglich, denn die Erhaltung des »Forschungs«-Instituts kostet ja Geld, woher, dann das Bargeld für beide nehmen«, und das »Forschen« einstellen, (damit wird ja die Komödie unbedingt enden müssen) ist für sie eine Schande. Die ganze Welt kennt dieses tragikomische Geheimnis . . . Auch erledigt!

Große Sünden und kleine Irrtümer: alles erledigt!

Wo ist ihr Recht auf politische Existenz (ich frage gar nicht mehr nach dem ihrer politischen **Führerschaft**)? Wo ist auch nur **ein** Gedanke, gen sie richtig gefaßt hätten, wo auch nur **eine** ihrer politischen Richtlinien, die nicht bankrottiert hätte? Man möge uns nicht mit der bekannten Antwort Sand in die Augen schütten wollen: die jüdische Wirtschaft in Palästina ist von uns gebaut worden. Sie? Die Anführer, die heute an der Spitze stehen, haben es gebaut? Daß die jüdische Kolonisationsarbeit eines der größten Wunder des 20. Jahrhunderts ist, wissen wir. Als es Mode war zu rufen: »Jüdisches Volk — was hast du getan?« war es gerade ich, der als erster zur Antwort gab, daß das jüdische Volk sich als erster Kolonisator der Neuzeit erwiesen hat. Wunderbares hat der Arbeiter geleistet, Wunderbares der Mittelstand mit seinen kleinen Kapitalien. Aber in welchem Verhältnis dazu steht eine politische Leitung, die die Schnipischoker-Industrie verlachte und deren Forderung nach Zollerleichterung? Seit Beginn des Jahres 1925 wenn nicht noch früher, hat man in Palästina aus aller Mund da Wort gehört: »In dem praktischen Aufbauwerk spielt die Exekutive gar keine Rolle.« Nur auf dem Gebiet der Politik hat diese Leitung eine Rolle gespielt. Wir haben soeben deren Resumé gesehen: Bankrott! Aber der Bankrotteur bleibt an der Spitze und will wahrscheinlich weiter »leiten«.

Wer wenigstens noch an den Ernst der Bankrotteure glaubt, stelle ihnen die Frage: »Warum tretet ihr nicht ab, ihr Herren? Zumal ihr doch in Prag gewählt wurdet, was wie ihr wißt, keine Ehre ist. Das Bittere ist, daß ich ihnen nicht einmal mehr diese Frage stellen kann.

Levante-Messe Tel-Aviv 1934

Die Levante-Messe im jüdischen Tel-Aviv 1934, gegenwärtig der Brennpunkt des wirtschaftspolitischen Interesses im gesamten Orient, am 26. April eröffnet und bis zum 26. Mai dauernd, ist mit ihren 2150 Ausstellern und ihrer voraussichtlichen Frequenz von mehr als einer halben Million Besuchern (bereits an den ersten zehn Messetagen 204.000) heute das Symbol der modernen Palästina-Wirtschaft und aller Aussichten und Hoffnungen, die sich mit ihr verbinden.

Während viele europäische Messen auf eine lange historische Entwicklung zurückschauen dürfen, ist die Tel-Aviver Messe noch ganz jungen Datums. Erstmalig fand sie im Jahre 1926 statt, noch eine rein lokale Landwirtschafts- und Gewerbeschau ohne Auslandsbeteiligung. Gleichen Charakter trugen auch die zweite und die dritte Messe. Doch schon die vierte Tel-Aviver Messer. 1929 durchgeführt, wuchs über den engen Rahmen hinaus. Auf 26.0000 qm Grundfläche gewährte sie 330 Ausstellern Raum, davon 209 aus Palästina und 121 fremden Firmen aus 13 Auslandsstaaten. Einen weiteren starken Aufstieg brachte die fünfte Messe, die 1932 stattfand. Sie beanspruchte nicht weniger als 52.000 qm Fläche, um nunmehr 1226 Aussteller, darunter 405 palästinensische und 821 ausländische Firmen (aus 23 Ländern) aufzunehmen. Hatte man 1929 bereits 120.000 Messebesucher gezählt, so wurde 1932 die Messe von 285.000 Personen besucht, worunter sich über 10.000 Einkäufer aus den Nachbarstaaten befanden.

Die Erfolge von 1929 und 1932 ermutigten das Messekomitee (Präsident Bürgermeister M. Dizengoff, Tel-Aviv) und die Messeverwaltung (Mis'char u. Taasia, Ausstellung- und Verlaggesellschaft, Tel-Aviv) zu einem neuen Schritt von grundsätzlicher Bedeutung, nämlich der Verpflanzung der Messen, die bisher auf kurzfristig gepachteten Grundstücken in Behelfsbauten stattfanden, auf ein ständiges Messegelände mit massiven Hallen und Pavillons. Ein passendes Terrain fand sich in der nördlichen Zone des Tel-Aviver Stadtbezirks, die heute rasch der Erschließung und großstädtischen Bebauung entgegengeht, unmittelbar neben dem Makkabi-Stadion.

Der Entschluß, der zur Verwirklichung dieses **im ganzen Orient einzigartigen Bauvorhabens führte**, hat sich wirtschaftspolitisch als richtig erwiesen. Der Appell zur Beteiligung an der Tel-Aviver Levante-Messe fand in der ganzen Welt ein überraschend starkes Echo. Die diesmalige Gesamtausstellerzahl von 2150 Firmen setzt sich aus 500 palästinensischen und 1650 ausländischen Firmen zusammen. Ihre nähere Analyse wirft interessante Streiflichter auf die gegenwärtige Bedeutung des Palästina- und Orientmarktes für die Weltwirtschaft.

Durch die 1650 Auslandsfirmen sind insgesamt 31 fremde Länder repräsentiert. Die stärksten Ausstellerkontingente sind aus Großbritannien mit 350, Frankreich mit 280, Polen mit 211, der Tschechoslowakei mit 138, Belgien mit 115, Italien mit 100, USA. mit 78, Oesterreich mit 67, Schweden mit 50, der Schweiz mit 40, Bulgarien mit 383, Holland mit 38, Jugoslavien mit 26 Firmen erschienen, woneben mit kleineren Ausstellergruppen, insbesondere Dänemark, Norwegen, Litauen, Estland, Lettland; Finnland; Rumänien, Ungarn, Portugal, die Türkei, Algerien, Libyen, Britisch-Indien; Japan; die syrischen Gliedstaaten Lattakiah und Großlibanon, sowie Argentinien zu nennen sind. Davon besitzen eigene Pavillons Belgien, Bulgarien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen, Rumänien, Schweden, die Schweiz und die Tschechoslowakei und eigene nationale Kollektivausstellungen (innerhalb der allgemeinen Hallen), Jugoslawien, Litauen, Oesterreich, Syrien und Ungarn, während die übrigen Staaten durch Einzelaussteller vertreten sind.

Hinsichtlich der Internationalität besetzt also die Tel-Aviver Levante-Messe heute einen der ersten Plätze in der Reihe der Weltmessen und ist als solche auch offiziell Mitglied der „Union des Foires Internationales" (Sitz Mailand). Ihre durch obige Zahlen bewiesene Anziehungskraft auf die um Kundenwerbung bemühten Exporteure aller wichtigeren Industrieländer erklärt sich aus der ungewöhnlichen Strukturwandlung von Produktion und Verbrauch des östlichen Mittelmeergebiets. Während hier vor dem Weltkriege unter dem alt-osmanischen Regime Wirtschaft und Verkehr stagnierten, hat in der Nachkriegszeit dank umfassender Reform des öffentlichen Lebens und dank territorialer Neuordnung lebhaftes Bemühen um Anpassung der Wirtschaft an europäische Maßstäbe eingesetzt. Allen Nachbarländern ging dabei das früher am meisten vernachlässigte Gebiet, **das kleine Palästina, voran, auf Grund eines besonderen Faktors von stärkster ökonomischer und kultureller Triebkraft, der jüdischen Kolonisation,** die auf der völkerrechtlichen Basis des Palästina-Mandats den Aufbau einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk erstrebt und allein im Jahre 1933 nicht weniger als 40.000

neue Siedler mit 8 Millionen Kapital ins Land geführt hat.

Wenden wir uns jetzt den palästinensischen Ausstellern zu, so fällt beim Vergleich von 1932 und 1934 neben der absoluten Zunahme im besonderen die qualitative Umschichtung auf. Während 1932 sich unter 405 Ausstellern nur erst 90 Industrie-Unternehmungen befanden und die übrigen 315 Aussteller sich aus Handels- und Verkehrsbetrieben, Pflanzungsgesellschaften, Baufirmen, öffentlichen Institutionen zusammensetzten, stehen diesmal unter 500 Palästina-Ausstellern 170 Industriefirmen im Vordergrunde. In der Tat ist der Aufschwung der palästinensischen Industrie verschiedenster Branchen einer der stärksten Eindrücke, die die gegenwärtige Tel-Aviver Messe vermittelt. Was heute an Nahrungsmitteln, Textilwaren, Eisen- und Metallprodukten, Möbeln; Keramik; Kunstgewerbe, Lederwaren, Chemikalien in Tel-Aviv, Haifa und ihren aufblühenden Industrie-Vororten erzeugt wird, ist in einer Fülle von Musterproben auf der Messe zusammengeströmt und findet hier beim Inlandpublikum wie auch bei den Einkäufern aus sämtlichen Nachbarstaaten und darüber hinaus aus Europa und Amerika lebhaften Anklang.

Wenn man den Werdegang der Tel-Aviver Messe im großen Zusammenhange mit der wirtschaftlichen Renaissance des Orients und der wunderbaren Erneuerung des palästinensischen Lebens würdigt, so wird man hierbei dem Standort der Messe, der jungen, jüdischen Industrie- und Handelsmetropole Tel-Aviv eine eigene Betrachtung einräumen müssen. 1909 gegründet, von 400 Einwohnern zu heute fast 100.000 aufgestiegen, hat die Stadt Tel-Aviv gerade während der jetzigen Messe, in der ersten Mai-Woche, ihr 25jähriges Bestehen feiern können. Dies verlieh der „Jubiläumsmesse" ein besonders festliches Gepräge, durch Veranstaltungen von hohem künstlerischen Wert glücklich unterstrichen.

Das äußere Bild der Messe wird allen Teilnehmern unvergeßlich bleiben, wie auch der erste Blick durch das riesige schmiedeeiserne Portal, vor dem auf schlanker Säule, als Messe-Wahrzeichen, das „Fliegende Kamel" sich erhebt, auf die ganze Breite und Tiefe des Messegeländes: rechts die beiden allgemeinen Auslandspaläste und die bunte Reihe der nationalen Pavillons, links der britische Pavillon, der Maschinen-Palast, der Automobilsalon, die „Informations-City" und das Levante-Messeamt, geradeaus die mächtige Fläche des Amphitheaters und darüber sich triumphal erhebend der „Tozereth-Haaretz"-Palast, Sitz der Palästina-Industrie, von einem hochragenden Turmbau flankiert. Aus diesem ersten Gesamteindruck entwickeln sich bei näherer Betrachtung viele reizvolle Einzelzüge, mochte man nun die Pavillons der „Jewish Agency", der Stadt Tel-Aviv, der Palästina-Regierung besuchen oder das „Haus der Frau", die Pavillons des Arbeiterverbandes und des Farmerverbandes, die Sonderausstellung der Bauindustrie und die dem landschaftlichen Charakter glänzend angepaßten Gaststätten am Meeresstrand und am Jarkonufer.

Die „Levante-Messe Tel-Aviv 1934" hat mit Erfolg den Weg gezeigt, den auch die künftigen Messen werden beschreiten müssen: die Pflege der weltwirtschaftlichen Verbundenheit, wie sie dem **natürlichen Verkehrsmittelpunkte** des orientalischen Wirtschaftsgebietes angemessen ist, zugleich aber auch die **Förderung des wirtschaftlichen Eigenlebens im Lande,** das gebieterisch nach Industrialisierung des Gewerbes und Intensivierung der Landwirtschaft verlangt, um noch großen Massen von jüdischen Einwanderern Arbeit und Brot auf eigener Scholle zu gewähren.

Prozeß gegen Revisionisten in Warschau.

In der nächsten Woche finden in Warschau eine Reihe von Prozessen gegen Revisionisten statt. Sie werden beschuldigt, sich an Demonstrationen gegen England, die im November v. J. als Protest gegen die von den Kolonialbriten inszenierten Razzien in Palästina auf jüdische Touristen in den Straßen Warschaus stattfanden, beteiligt zu haben.

Zusammenstoß zwischen jüdischen und arabischen Arbeitern.

Jerusalem. An der Bahnstrecke bei der jüdischen Kolonie Kirjath Anawim (11 englische Meilen von Jerusalem entfernt auf der Straße gegen Jaffa) kam es zu einem Zusammenstoß zwischen jüdischen und arabischen Arbeitern, in dem die Araber die arbeitenden Juden mit Steinen bombardierten. Sieben Juden wurden verletzt, vier Araber wurden verhaftet.

45 jüdische Kreditgenossenschaften.

Jerusalem. Nach einer soeben veröffentlichten Statistik sind in Palästina 45 jüdische Kreditgenossenschaften mit 37.000 Mitgliedern und mehr al 4 Millionen Pfund Kapital registriert.

Levante-Messe bis zum 4. Juni verlängert.

Tel-Aviv. Die Leitung der Levante-Messe in Tel-Aviv hat im Hinblick auf den starken Erfolg der Messe beschlossen, die Ausstellung, die ursprünglich am 25. Mai hätte geschlossen werden sollen, bis zum 4. Juni zu verlängern.

Kupfervorkommen in Palästina.

Jerusalem. Amerikaner sollen südlich des Toten Meeres Kupfervorkommen entdeckt haben, die mit den im Alten Testament erwähnten Kupferminen des Königs Salomo in Zusammenhang gebracht werden. Zur Zeit finden Untersuchungen der geologischen Schichtungen statt, von deren Ergebnis die Entscheidung über die Abbauwürdigkeit der Minen abhängen wird.

Der Weltprotest der Judenheit gegen Englands Einwanderungspolitik in Palästina

In Jerusalem.

Eine vom Präsidenten des Waad Leumi Ben Zwi geführte Abordnung, der Dr. Mossensohn, Rabbi Uziel und Rubaschow angehörten, besuchte den High Commissioner Sir Arthur Wauchope in Jerusalem, um gegen die Haltung der Behörden Beschwerde zu führen, sowie die unhaltbare Lage des Aufbauwerks und der Wirtschaft infolge der Einwanderungseinschränkung zu schildern. Es wird erklärt, daß die Teilnehmer an den geschlossenen Protestversammlungen die Weisung des Waad Leumi, nicht öffentlich zu demonstrieren, befolgt haben, und daß die Zwischenfälle nur eine Folge des Uebereifers der Polizei waren.

Der Waad Leumi führte in einer Erklärung Klage darüber, daß die fortgesetzte Einschränkung der Einwanderung, die immerwährene Hinauszögerung der Erledigung von Gesuchen um Einwanderungserlaubnis für Angehörige in Palästina ansässiger Personen und die Begrenzung der Zahl der Chaluz-Zertifikate das jüdische Wirtschaftsleben im Lande in seinen Grundlagen erschüttern, daß eine fortschreitende Verdrängung jüdischer Arbeit als Folge der Einwanderungseinschränkung eingetreten ist, und daß die Einwanderungspolitik der Regierung eine Krise für das Land heraufbeschwört. Die Erklärung wendet sich auch scharf gegen die neue Palästina-Anleihe und gegen das Verbot des Postenstehens zum Schutz jüdischer Arbeit.

In Amerika.

Im Großen Saal des New Yorker Rathauses fand eine von den Allgemeinen Zionisten und dem zionistischen Arbeiterflügel veranstaltete Massenprotestversammlung gegen die Einwanderungspolitik der Palästina-Regierung statt, in der das ehemalige Mitglied der Zionistischen Exekutive Joseph Sprinzak, der Dichter David Pinski, der ehemalige Gesandte und jetzige Chefredakteur des Jewish Daily Bulletin Hermann Bernstein und der Sekretär des national-jüdischen Arbeiterverbandes Segal Ansprachen hielten. Die Senatoren Borah und Wagner hatten Begrüßungsschreiben gesandt, in denen sie ihre Sympathie für die Ziele der Versammlung zum Ausdruck bringen.

Eine Delegation in London.

Wie der Vorsitzende des Waad Leumi Ben Zwi der »JTA« mitteilt, wird der Waad Leumi demnächst gemeinsam mit der Palästina-Exekutive der Jewish Agency eine offizielle Delegation nach London entsenden, um die öffentliche Meinung über die Auswirkungen der Einwanderungspolitik der Palästinaregierung aufzuklären und bei der englischen Regierung Beschwerde gegen die Maßnahmen der Palästina-Verwaltung einzulegen. Die Einzelheiten des geplanten Schrittes werden derzeit noch beraten. Der Waad Leumi sei entschlossen, es im Kampf gegen die Drosselung der jüdischen Einwanderung nicht bei dem halbtägigen Proteststreik und der Vorsprache einer Abordnung beim High Commissioner bewenden zu lassen. Der Plan der Entsendung einer Delegation nach London sei eine Konsequenz des von der Assefath Haniwcharim gefaßten Entschlusses, die derzeitige Einwanderungspolitik der Palästinaregierung mit allen Mitteln zu bekämpfen. Auf der letzten Tagung der Assefah sei die durch den Mangel an jüdischen Arbeitskräften geschaffene Lage Hauptgegenstand der Beratung gewesen. In Zusammenhang damit habe man sich mit den Einwanderungsbeschränkungen befaßt, durch die der Arbeitermangel noch verschärft werde. Die Versammlung habe auch der Empörung Ausdruck gegeben, die im Lande über das Verbot des Postenstellens gegen arabische Arbeit in jüdischen Pflanzungen herrscht.

In Polen.

Warschau. Die zionistischen Verbände, die jüdischen Gemeinden und der Rabbinerverband Polens vereinigten sich zum Protest gegen die Drosselung der Palästina-Einwanderung. Am Tage des Generalstreiks in Palästina wurde eine Vollversammlung des Palästinaamtes abgehalten, an der Vertreter aller Gruppen, auch die Revisionisten, teilnahmen. Es wurde gegen die Einwanderungspolitik der Palästinaregierung protestiert und die Haltung der Araber beschäftigenden jüdischen Kolonisten als Verrat der nationalen Interessen gebrandmarkt. Bei der Abstimmung über den auf die Kolonisten sich beziehenden Punkt übten die Revisionisten Stimmenenthaltung.

Alibi-Zeugen Stavskys und Rosenblatts:

Vor dem Ende des politischen Sensationsprozesses in Palästina

Jerusalem. In der am 22. Mai durchgeführten Vormittagsverhandlung, die die fünfte Woche des Hauptverfahrens im Arlosoroff-Prozeß einleitete, legte der Hauptverteidiger R. A. Horace Samuel den Plan der Verteidigung bei der bevorstehenden Vernehmung der von ihr geführten Zeugen dar. Vorher wurde der Angeklagte Rosenblatt nochmals vom Vorsitzenden Richter Corrie und vom Staatsanwalt Musa es Alami einem Kreuzverhör betreffend die angeblich von ihm getragenen Schuhe unterzogen. Rosenblatt erklärte wie schon früher, er habe die dem Gericht vorgelegten Schuhe im Juni nicht getragen. Diese Schuhe seien nicht sein Eigentum, sondern das der Plugah.

In der Nachmittagssitzung des 22. Mai befaßte sich der Verteidiger Horace Samuel mit Abdul Medschids Geständnis und Widerruf und gab seiner Ueberzeugung Ausdruck,

daß Medschid ein aufrichtiges Geständnis über eine begangene Tat ablegte, wenn er es auch später zurückzog. Die Worte »Kamah Haschah« (Wieviel Uhr ist's?) sind charakteristisch für Araber, Juden gebrauchen diesen Ausdruck nicht.

Es folgte die Einvernahme der 15jährigen Tochter des Inhabers des Turgeman-Hotels, die Stavskys Alibi voll bestätigte. Sie sagte, sie erinnere sich genau, daß Stavsky am Freitag nachmittag, dem Mordtage, bei ihr ein Zimmer bestellt hatte. Als Inspektor Shitreet ihr wenige Tage nach dem Mord, Stavskys Photographie zeigte, habe sie in dem Bild sofort den jenigen wiedererkannt, der das Zimmer bestellt hatte. Die nächste Zeugin, Frau Nechamia Avnieli, Gattin des revisionistischen Führers in Jerusalem, Advokat Avnieli, bestätigte ebenfalls Stavskys Alibi. Sie sagte aus, daß Stavsky am Freitag, den 16. Juni in ihre Wohnung kam und sich erkundigte, ob Achi-Meir dort weile. Er habe einige Minuten in der Wohnung verbracht

In der Gerichtssitzung am 23. Mai erklärten weiter sieben Zeugen, daß sie Abraham Stavsky am 16. Juni 1933, dem Tage der Ermordung Dr. Arlosoroffs in Tel Aviv, in Jerusalem gesehen haben.

Achi-Meir als Zeuge.

Am Donnerstag, den 24. Mai, wurde der vom Gericht von der Anklage der Mordanstiftung bereits freigesprochene aber wegen seiner Führerschaft in Brith Habirjonim in Haft behaltene Führer der revisionistischen Jugend Achi-Meir aus dem Gefängnis von Akko nach Jerusalem gebracht, um als Zeuge im Mordfall Arlosoroff auszusagen. Er wurde dem Gericht in Ketten vorgeführt. Er sah nach dem Hungerstreik sehr bleich und angegriffen aus, so daß das Gericht ihn aufforderte, sitzend auszusagen. Er lehnte dies jedoch mit dem Bemerken ab,

daß er nicht denselben Stuhl benützen wolle, auf dem die größte «Lügnerin» (er meinte Frau Sima Arlosoroff) gesessen hat.

Sein geschwächter Gesundheitszustand nötigte Achim-Meir dennoch, von der Erlaubnis des Gerichtes Gebrauch zu machen und sich auf den Stuhl zu setzen. Generalstaatsanwalt Trusted befragte Achim-Meir zunächst über seine Ansichten betreffend Gewaltanwendung zu politischen Zwekken. Achi-Meir sprang erregt vom Stuhle auf und rief, die Arme über der Brust gekreuzt:

»Ich möchte wissen, wie Sie als englischer Patriot denken würden, wenn England in Gefahr wäre!«

Im weiteren Verlauf des Kreuzverhörs sprang Achi-Meir wiederum auf und schwor bei der Bibel und bei allem was ihm heilig sei, daß er dem Polizeiinspektor Goffer ganz bestimmt erklärt habe, er habe Stavsky am Mordabend um 7 Uhr in Jerusalem gesehen. Wenn Goffer, schrie er, das Gewissen dazu hat, möge er meine Aussage bestreiten. Auf eine Frage des Vorsitzenden Richter Corrie erklärte Achi-Meir,

er bekenne sich zum Legions-Gedanken Jabotinskys und zu der Auffassung, daß sich die Jugend im Kriege opfern müsse. Individuellen Terror aber lehne er grundsätzlich ab.

Auf die Frage Trusteds, warum er mit Stavsky ein Zimmer geteilt habe, erwiderte Achi-Meir er habe dies wegen des Wohnungsmangels in Tel Aviv getan. Während ich mit Stavsky zusammenwohnte fuhr Achi Meir fort, verbanden uns drei Dinge: Erstens eine monatliche Miete von 70 Piastern, die wir gemeinsam zahlten, zweitens Partei-Interessen, drittens

unsere Bemühung, Herrn Hyamson Direktor des Einwanderungsdepartements der Regierung, die Red.) nachzuhelfen, Juden nach aPalästina zu bringen, aber in unserem Falle: illegal.

Nach Einvernahme der von der Verteidigung geführten Zeugen, Universitätsbibliothekar Baruch Schochetman, Julian Meltzer, Inspektor der Gesellschaft Phönix Schloma Prise, David Luchinsky, Mordko Rappaport und Dr. David Margoleth, schritt das Gericht zur Einvernahme der Alibi-Zeugen für Zwi Rosenblatt. Joseph Knaani und Elieser Burstein, Arbeitsgenossen Rosenblatts in der Plugah in Kfar Saba bezeugten daß Rosenblatt am Mordabend, Freitag den 16. Juni, mit ihnen einem Meeting in Kfar Saba beigewohnt hat. Knaani erklärte, er habe in der Versammlung als Protokollführer fungiert und als solcher verzeichnet, daß Rosenblatt zweimal das Wort ergriff. Das Meeting begann um 9 Uhr und schloß um 11 Uhr abends. Burstein bestätigte Knaanis Aussage und fügte hinzu, daß Rosenblatt der auf das Meeting folgenden Tanzunterhaltung ebenfalls beigewohnt hat.

Die fünfte Prozeß-Woche schloß mit der Vernehmung einiger weiterer Entlastungszeugen ab. Joschua Glicksman, der die Sitzung in der Plugah von Kfar Saba am 16. Juni abends geleitet hat und der Kolonistensohn Henoch Streletz bezeugten, daß Rosenblatt dieser Sitzung beiwohnte und einer der Hauptredner war.

In der Nachmittagssitzung wiederholte Polizeikorporal Isaak Steinberg mit voller Bestimmtheit daß Frau

Eine Große Kundgebung

des Landesverbandes der Zionisten — Revisionisten, der Judenstaatspartei und des Misrachi findet Montag, den 4. Juni 1934, im Hotel »Continental«, Wien II, Taborstraße, statt.

Zum Thema:

„Palästina in Gefahr"

sprechen Dr. Rosenberg, Dr. Buckspan, Oberbaurat Stricker

Sima Arlosoroff ihn ersucht hat, ihm nicht nur jüdische Verdächtige sondern auch ein Album mit Photos arabischer Verdächtiger zu zeigen.

Auf die Frage des Staatsanwalt Trusted, ob er nicht überrascht sei, daß Frau Arlosoroff diese Tatsache vor Gericht nicht erwähnte, erwidert Steinberg: Ich bin wirklich überrascht, sie hätte sich daran erinnern müssen.

Der Abschluß des Prozesses ist Ende nächster Woche zu erwarten.

Brith Habirjonim-Prozeß erst nach Beendigung des Arlosoroff-Prozesses.

Jerusalem. Die Hoffnung der Freunde Achi-Meirs, daß der Prozeß in Sachen Brith Habirjonim bald stattfinden wird, wodurch Achi-Meirs Haft eine zeitliche Grenze gesetzt sein würde, scheint sich nicht zu erfüllen. Wie berichtet wird, wird der Brith Habirjonim-Prozeß erst nach Beendigung des Arlosoroff-Mordprozesses stattfinden können, da ein Teil der Akten des Birjonim-Prozesses vom Gericht, das in der Mordsache Arlosoroff zu urteilen hat, angefordert worden sind.

Jüdische Welt

Zwei Talmud-Prozesse

In Kattowitz.

Vor dem Kattowitzer Bezirksgericht wurde in den letzten Tagen über die Klage der Kattowitzer Jüdischen Gemeinde gegen den Redakteur des polnischen nationalsozialistischen Organs „Blyskawica", Eduard Chowansky, wegen Beleidigung der jüdischen Religion verhandelt. Chowansky veröffentlichte in der „Blyskawica" eine Reihe Artikel, in denen er zu **antijüdischem Boykott** aufforderte und dabei **gefälschte Zitate aus dem Talmud** brachte, aus denen bewiesen werden sollte, daß „das internationale Judentum die Vernichtung der christlichen Welt zum Ziele hat". Ein Mittel hierzu sei der **Ritualmord**.

Den Hauptteil der Verhandlung nahmen die Berichte der vom Gericht zitierten Sachverständigen, des Kattowitzer Rabbiners Kalman Chamejdes, des Warschauer Rabbiners Professor Moses Schorr und des Krakauer katholischen Klerikers Prof A r c h u t o w s k i ein. Rabbiner Chamejdes arbeitete eine eingehende Expertise aus. Prof. Archutowski und Professor Schorr stimmten dieser Expertise zu, doch versuchte Prof. Archutowsky zu beweisen daß das Judentum wenigstens in den ersten Jahrhunderten n. Chr. das Christentum mit Haß verfolgte. Es sei möglich, daß zu jener Zeit gewisse jüdische Sekten sich des Blutes zu magischen Zwecken bedienten. Prof. Archutowski berief sich dabei auf Sätze im Talmud, mußte aber nach den Gegenausführungen des Prof. Schorr zugeben, **daß er ein Opfer falscher Hinweise war,** da solche Sätze im Talmud nicht enthalten sind. Prof. Schorr schilderte die geistige Atmosphäre, in der der Talmud entstanden war, und wies nach, daß die von den Antisemiten seit vielen Jahrzehnten benutzten Talmud-Zitate entweder gefälscht sind oder gar nicht existieren. Der Angeklagte Chowansky erklärte im Schlußwort, daß er infolge persönlicher Erlebnisse zum Antisemitismus gedrängt wurde. Er wurde vom Gericht zu 9 Monaten Kerker mit Strafaufschub von drei Jahren und zur Zahlung von 300 Zloty an die jüdische Kultusgemeinde Kattowitz verurteilt.

In Wien.

Wien. In Wien hat die erste Tagsatzung eines Prozesses stattgefunden, bei dem es sich um den Nachweis der Lüge der Ritualmordbeschuldigung, um die berüchtigten Protokolle der Weisen von Zion und um die Verunglimpfung des Talmud handelt. Zum erstenmal in der Geschichte haben nicht Juden, sondern zwei katholische Christen, der verantwortliche Redakteur der Zeitschrift „Gerechtigkeit", Franz Weniger, und die bekannte Streiterin gegen den Antisemitismus, Irene H a r a n d, es unternommen, diese Nachweise vor Gericht zu erbringen.

Irene Harand hat auf die Verleumdungen und Beschimpfungen des Judentums durch den Wiener „Stürmer" mit einem Artikel „Schluß mit der Hetze!" geantwortet, in welchem sie den „Stürmer" wegen Wiederholung der Ritualmordbeschuldigung, der Berufung auf die Protokolle der Weisen von Zion und Verunglimpfung des Talmud der „Verleumdung" und der „Lüge" geziehen hatte. Die Redaktion des „Stürmer" erhob die Presse-Ehrenbeleidigungsklage gegen den verantwortlichen Redakteur Franz Weniger und gegen die Verfasserin Irene Harand.

Bei der vor dem Oberlandesgerichtsrat Doktor Kunze stattgefundenen ersten Tagsatzung erklärten die Angeklagten durch ihren Vertreter Dr. Zalman, daß sie den Wahrheitsbeweis für die gegen den „Stürmer" erhobene Beschuldigung der Verleumdung und der Lüge antreten. Sie beantragten die Einholung eines Gutachtens des erzbischöflichen Ordinariats, der theologischen Fakultät der Wiener Universität und anderer Autoritäten darüber, daß die gegen das Judentum erhobene Ritualmordbeschuldigung eine Verleumdung ist, die Protokolle der Weisen von Zion eine Fälschung sind und die Behauptung, daß der Talmud den Juden die Ausbeutung der Nichtjuden vorschreibe, eine Verunglimpfung darstellt; daß somit der „Stürmer", der diese Beschuldigungen gegen das Judentum erhebt, die Bezeichnung „Verleumder" und „Lügner" verdient.

Der Richter gab dem Antrag der Verteidigung auf Zulassung des Wahrheitsbeweises Folge.

Erklärung des neuen österreichischen Gesandten in Washington.

Newyork. Herr G. L. P r o c h n i k, der neue österreichische Gesandte in Washington, erklärte bei seiner Ankunft in den Vereinigten Staaten dem Vertreter der Jüdischen Telegraphen-Agentur u. a.:

So etwas wie eine **besondere jüdische Situation** gibt es in Oesterreich nicht. Oesterreich war von je ein Paradies für Juden, denen dort stets eine liberale Behandlung zuteil wurde. Sie sind dort Professoren, Künstler, Musiker; sie haben ein größeres Maß an wichtigen Positionen inne, als es ihrem zahlenmäßigen Verhältnis zur Gesamtbevölkerung entsprechen würde. Wohl gibt es in Oesterreich einen **Antisemitismus,** aber er hat auf die Regierung keinen Einfluß. Was die nationalsozialistische Propaganda betrifft, so wird diese konsequent von der Regierung bekämpft, die die Situation völlig kontrolliert. Von dieser Richtung her sind Unruhen nicht zu befürchten.

Ueber die Zukunft der Juden in Oesterreich äußerte sich Gesandter Prochnik optimistisch. Die Juden, sagte er, werden die Positionen, die sie inne gehabt haben, weiter behalten. **Die neue Verfassung ändert nicht den Status der österreichischen Juden.** Ein Eindringen der Nazis in Oesterreich ist nicht zu befürchten. Auch werde es **keinen Anschluß Oesterreichs an Hitler-Deutschland** geben.

„Die deutschen Juden gehen finsteren Tagen entgegen."

London. Unter der Ueberschrift: „Die deutschen Juden gehen finsteren Tagen entgegen" teilt „Daily Express" in einem zweispaltigen Artikel auf Grund spezieller, in Berlin eingeholter Erkundigungen mit, daß die Hitler-Regierung einen Plan zur Beschlagnahme jüdischen Eigentums in Deutschland zwecks Kompensierung des durch den antideutschen Boykott im Ausland der deutschen Wirtschaft zugefügten Schadens ausarbeitet. Am schlimmsten, teilt „Daily Express" weiter mit, sei die Lage in den Provinzen, wo jüdische Kinder von ihren Spielkameraden boykottiert werden, die Bauern den jüdischen Geschäftsleuten keine Schulden zurückzahlen, Kunden daran gehindert werden, jüdische Geschäfte zu betreten und SA-Leute vor Kinos jüdischer Besitzer Posten stehen und die Besucher verwarnen. Während auf diese Weise sein Geschäft abstirbt, muß der Jude, sogar der verarmte jüdische Arzt und Anwalt, seine Pflicht gegenüber dem Staate in dem gleichen Maße wie früher erfüllen. Not und Elend wachsen unter den Juden. Die wirkliche Tragödie beginnt erst, wenn die Ersparnisse aufgebraucht sind. Ihrer wirtschaftlichen Existenz und ihrer Bürgerrechte beraubt, geschmäht, verachtet, bleibt — so schreibt „Daily Express" — vielen deutschen Juden nichts anderes übrig, als dem unmenschlichen Rat der Beamten zu folgen: „Das Beste, das ihr tun könnt, ist; zu sterben." Das neue Anschwellen der Judenhetze gibt den Dieben einen Freibrief, in jüdische Wohnungen einzudringen und jüdisches Eigentum sich anzueignen. „Daily Express" ist kein pro-jüdisches Organ, sondern pflegt dem Hitler-Regime objektiv gegenüberzustehen. Seine Mitteilung wirkte in London sensationell.

40.000 Petitionsunterschriften in Wien

Die soeben durchgeführte Teilzählung der in Wien gesammelten Petitionsunterschriften ergab bereits die Zahl von 40.000 Unterschriften. Diese Ziffer kann erst richtig verstanden und gewürdigt werden, wenn man bedenkt, daß die Zahl der Schekelkäufer beim letzten Kongreß 10.000 betragen hat. Es ist das erstemal in der Geschichte der Juden Wiens, daß eine solche Massen-Manifestation positiv jüdischen Wollens erfolgte. Dieser Erfolg ist der ungeheuren Aufopferung und Begeisterung unserer Betarim und der sonstigen Mitarbeiter zu danken.

Die Arbeit geht aber weiter! Das Ziel heißt: 50 Prozent aller unterschriftsberechtigten Juden Wiens zu erfassen.

Das Echo in Wien

„Aba Achi Meir befreit!" Am nun unvergeßlichen Donnerstag morgen flatterte diese Nachricht in das jüdische Wien, um im Nu von Mund zu Mund zu gehen. Jeder einzelne Jude, er mußte gar nicht Revisionist sein, fühlte eine gewaltige Last von sich geworfen, die Angst vor dem bevorstehenden Justizmord an einem Juden von sich gewichen. Man hörte immer wieder, wie sich die Frage wiederholte, wie man sich immer wieder überzeugen wollte, um noch einmal die beglückende Antwort hören zu können: **Achi Meir ist befreit!** Hatte er nicht elf Monate lang schmachten müssen, der Held von Erez Israel, dort im britisch-arabischen Kerker? Verbrecherische jüdische Sozialisten hatten ihn gemeinsam mit zwei anderen jungen Juden in des Feindes Hände geliefert. Einen Mord sollte er begangen haben. Eine Horde von Spitzeln hatte eine sozialistische Bande zusammengetrieben, auf daß sie die Schuld „beweisen', die drei Juden dem Henker ausliefern! Nun ist Achi Meir frei!

Täglich werden zwar noch die anderen Gefangenen Zions, seine Kameraden, in Ketten gefesselt, ins Gericht gebracht.

Aber wie lange noch? . . .

Rührend war es, wie die Juden Wiens diese Nachricht in Empfang nahmen. Ein alter Jude mit weißem Bart, chassidisch gekleidet, sprang vor Freude auf. Er stieß einen Schrei, einen Freudenschrei, aus, faltete die Hände zusammen und seine Augen füllten sich mit Tränen — vor Freude. „Er ist frei", stammelte er, „diesen jungen Kadosch wollten sie aufhängen, die verfluchten Feinde." Einer bemerkt: „Noch sind zwei Juden der größten Gefahr ausgesetzt. Abraham Stavsky und Zewi Rosenblatt heißen sie." Der alte Jude lächelt zitierend: „Wenn du einmal zu fallen begonnen hast, wirst du immer tiefer fallen! Wenn die Beschuldigung gegen Achi Meir ins Wasser gefallen ist, wird auch aus der gegen die anderen zwei nichts. Ich gehe jetzt, um meine Spende in die Büchse ‚Meir Baal Haneß' einzuwerfen." Er wollte gehen. Jemand macht ihm den Vorwurf: „Warum nicht Keren Tel Hai?' Da erwidert er: „Aba Achi Meir trägt ja den Namen des großen Rabbi Meir Baal Haneß . . ."

Ein kleiner Betari, ein Nescher, stürmt freudenstrahlend ins Zimmer. „Mama, Achi Meir ist befreit!" Der Kleine tollt vor Freude herum. Die Mutter, vom Gehaben ihres Kindes gerührt, faßt den Buben und küßt ihn unter Tränen. Es war symbolisch: Das jüdische Volk, die Mutter aller jüdischen Söhne, küßt ihren besten Sohn, den Helden Erez Israels Aba Achi Meir . . .

Schewuoth. Unerwartetes tritt ein. „Achi Meir neuerdings verhaftet", gellt es im Ohre eines jeden. Man könnte vor Wut zerspringen. Wieder fesselten sie ihn und führten ihn nach Akko — in den Kerker. Diesmal nicht im Zusammenhange mit dem traurig berühmten Mordprozeß. Nein. Als Beteiligter am „Berith ha Birionim' wird er angeklagt und verhaftet. Jüdische Verräter konnten es nicht verschmerzen, daß es Leute eines jüdischen Bundes geben soll, die jüdische Ehre nicht mit Füßen treten lassen wollen. Sie verrieten sie, denunzierten sie. Die Verbrechen dieses Bundes waren: Sie haben eine Fahne des Judenhasses in Jerusalem, in der Stadt Davids, nicht dulden wollen, jahraus jahrein reklamieren sie das unantastbare jüdische Eigentum der Klagemauer, den Rest unserer einstigen staatlichen Selbständigkeit für das jüdische Volk; einem antisemitischen Briten-Minister haben sie bei seiner Ankunft ins Land den Unwillen des jüdischen Volkes vor Augen geführt. Ja, solche Verbrechen haben diese „Birjonim" begangen. Dafür muß Achi Meir aus dem Kerker in Jerusalem in den Kerker von Akko wandern!

Es ballten sich die Fäuste junger Juden, als sie von der neuerlichen Verhaftung Achi Meirs erfuhren. Ein Gedanke durchzuckte das Gehirn aller. „Hab' Ausdauer, du Held Israels! Wir kommen nach . . ."

J. F.

Prof. A. Kulischer:

„Die Gefahr des jüdischen Faschismus"

Der Artikel des H. William Zukermann in der Newyorker „Nation", wiedergegeben im Pariser „Lu" (4. Mai 1934) unter obigem Titel, ist nur e i n Beispiel der unverschämten Hetze, die von gewissen Kreisen gegen den zionistischen Revisionismus geführt wird. Der feige Terrorismus, der in manchen Ländern gegen Revisionisten ausgeübt wird, nützt nicht mehr und so versuchen unsere Feinde im zionistischen Lager, aus Angst, daß die jüdische Oeffentlichkeit ihr bisheriges unwürdiges Spiel bald durchschauen wird, die öffentliche Meinung auf uns zu hetzen. Auf die traditionelle Einstellung der jüdischen Oeffentlichkeit spekulierend, versuchen sie den Vorwurf des F a s c h i s m u s gegen uns auszuspielen.

Der Autor, ein erfahrener Verleumder, spricht von einer „Jüdischen Faschistischen Partei" in einer Art, daß der Leser annehmen muß, es handle sich um eine Partei, die diesen Namen führt, ein faschistisches Programm hat und einem Rassismus nach deutschem Muster huldigt. Den Höhepunkt der Verlogenheit erreicht er, indem er den „Brit Trumpeldor" als Stoßtruppe dieser „Jüdischen Faschistischen Partei" bezeichnet und weiter so faselt: „Es handelt sich nicht nur um die Uniform der Faschistischen Partei, welche braun ist, wie die der Hitlertruppen, aber diese faschistische Partei strebt eine revolutionäre Aktion gegen Marxisten an; ihre Truppen werden von polnischen Offizieren ausgebildet, um für einen künftigen Krieg vorbereitet zu sein.' Auf den niederträchtigen Trick mit der braunen Uniform, die vom Betar gewählt wurde — der Autor weiß das nur zu gut —, bevor es noch jemandem eingefallen wäre, sie als Symbol des Hitlerismus zu betrachten, soll hier nur hingewiesen werden. Die Wahrheit im Zitat über „Marxisten" ist hingegen die: unsere Stellung zur Frage des Boykotts deutscher Waren ist bekannt, hingegen waren es die Marxisten, die als Kommissionäre für den Warenimport aus dem Dritten Reich nach Palästina aufgetreten sind. Als wir im Jahre 1933 vom Kongreß in Prag verlangten, er solle sich an die Spitze der jüdischen Abwehrbewegung gegen den Hitlerismus stellen, da wurde

plötzlich seitens der Linken eine heftige Kampagne gegen „jüdischen Faschismus“ entfacht mit dem durchsichtigen Ziel, die Frage des Hitlerismus vergessen zu lassen. Es ist auch der Linken gelungen, unseren Antrag über den antideutschen Boykott niederzustimmen, ja jede Diskussion darüber im Keime zu ersticken. Einige Tage später erfuhr man den Grund: eine „zionistische“ Bank, unter Leitung der Linken, hat mit der Hitler-Regierung eine Abmachung getroffen, die den antideutschen Boykott in Palästina selbst durchbrach!

Doch die Streitigkeiten, die heute den Zionismus zerwühlen, haben ihren tieferen Ursprung in einer Verschiedenheit der politischen Orientierung, über die unsere Gegner nicht gerne sprechen. Die Propaganda, die Jabotynski für die Teilnahme des Zionismus am Weltkrieg auf Seiten der Alliierten geführt hatte, hat ihm eine heftige Feindschaft gewisser kapitalistischer und bolschewistischer Elemente eingebracht. Die Gründung und das aktive Eingreifen der Jüdischen Legion unter seiner Führung in die Kämpfe in Palästina hatten diese Feindschaft noch verstärkt. Diese Feindschaft ging dann auf die revisionistische Partei über. Aus dieser Zeit stammen die Anklagen über den Militarismus und dann über den Faschismus der Bewegung Jabotynskis.

Die merkwürdige Interessengemeinschaft, die diesen Verleumdungsfeldzug führte, ist anläßlich der Organisierung der Jewish Agency wieder ins Leben gerufen worden. Sie hat in Palästina die Histadruth gegründet, die zugleich Gewerkschaft, Handelsgesellschaft und politisches Instrument in ihren Händen ist und mittels der sie einen, für die junge Wirtschaft in Palästina unerträglichen Terror ausübt. **Unsere Bemühungen, dem entgegenzutreten, sind als Faschismus verschrien worden.**

Diese Zustände haben endlich in den jüdischen Massen das Bedürfnis hervorgerufen, ihre nationalen Belange in die eigenen Hände zu nehmen. Aus Angst vor diesem Moment, der heranrückt, haben die Linke und unter ihrem Einfluß die Zionistische Exekutive eine gemischte Jewish Agency entstehen lassen, die nur an der Verteilung des Budgets und der Spenden interessiert, **nie einen Kolonisierungsplan Palästinas aufgestellt hat. Diese Herren sind auch an einer großen jüdischen Einwanderung, die ihr Monopol in Palästina brechen würde, nicht interessiert.** Darum leisten sie auch keinen Widerstand der englischen Administration, die unter dem Druck des arabischen Nationalismus die jüdische Einwanderung auf eine Zahl herabdrückt, die die Bildung einer jüdischen Mehrheit für immer verhindert. Nur wir haben eine erste Propagandatätigkeit gegen diese mandatswidrige Politik der Palästinaregierung entwickelt! Ja, wir sind „Nationalisten“ in dem Sinne, daß der Zionismus für uns nicht ein **kleines Mittel für kleine Geschäfte ist, sondern eine bluternste Idee, die Idee des Judenstaates.** Es ist auch wahr, daß wir in Palästina die Verteidigung der Interessen jener „Bürger“ und „Arbeiter“ auf sich genommen haben, die dort frei vom Terror der Linken arbeiten wollen. Den Gipfel der Unverfrorenheit erreicht der Autor mit der Behauptung, wir widmen uns der Bodenspekulation, anstatt „eine neue soziale Basis“ aufzubauen.

Er wagt es von Spekulation zu sprechen, wo es doch seine Freunde, eben die „Sozialisten“, waren, die das Land durch Ankauf von Gründen auf freiem Markte kolonisierten. Die ungeheuren Opfer des jüdischen Volkes für Palästina waren dazu da, die Spekulanten und arabischen Großgrundbesitzer zu bereichern. Wir sind es eben, nicht die „Sozialisten“, die die Idee einer „neuen sozialen Basis“ hochhalten, indem wir eine **durch den Staat organisierte Kolonisierung fordern,** in dem Sinne der Wahrung der Interessen sowohl des jüdischen Kolonisten, wie auch des arabischen Landwirtes, um die Spekulation zu drosseln und das ganze Land samt seiner Bevölkerung einer gesunden, wirtschaftlichen Entwicklung entgegenzuführen.

Das Parlament Palästinas kommt im Herbst . . .

Unser jüdischer Leichtsinn in politischen Dingen kennt keine Grenzen. Man lebt ausschließlich für den Tag. Man denkt nicht an die wichtigsten und gefährlichsten Probleme des Morgen, man handelt, ohne sich im mindesten darüber Rechenschaft abzugeben, welche unvermeidlichen Resultate ein solches Handeln bringt.

Daß die Schaffung eines »Parlaments« inPalästina für den jüdischen Aufbau des Landes die schwerste Gefahr darstellt, darin stimmen alle überein. Die Zionistische Exekutive erklärte während der letzten Session des Aktions-Komitees in Jerusalem offen und klar, daß ihren Informationen zufolge im **Herbst** die **Errichtung** des Parlaments unvermeidlich sei. Es ist ein fester; seit langem angekündigter Beschluß der Regierung, nach der Einsetzung der neuen städtischen Selbstverwaltungen an die Schaffung des »Legislative Council« heranzutreten. Nun ist das Gesetz über die Munizipalitäten bereits veröffentlicht, die Wahlen werden in der nächsten Zeit vor sich gehen, und dann kommt eben das Parlament . .

Dennoch hat die Mehrheit des Aktions-Comitees und die von ihr unterhaltene Exekutive dieser erschreckenden Perspektive vollständige Passivität entgegengebracht. Es ist nicht einmal irgend ein positiver Vorschlag gemacht worden, wie die Parlamentsgefahr zu bekämpfen. Der von selbst sich aufdrängende Gedanke, die Wahlen zu den Munizipalitäten zu boykottieren, um so die offizielle Voraussetzung für die Schaffung eines »parlamentarischen Regimes« im Lande zu beseitigen, wurde kategorisch verworfen. Es ist dabei jedem klar, das z. B. in Jerusalem die neue Munizipalität unvermeidlich eine arabische Mehrheit haben wird, ungeachtet dessen; daß die Juden 60% der Bevölkerung ausmachen. Dafür hat in genügendem Maße das Wahlgesetz gesorgt, daß einen großen Teil des jüdischen Jischuw aus den Wählerlisten eliminiert hat. Wahlrecht besitzen ja nur palästinensische Bürger und die Hälfte aller Juden in Palästina sind bis auf den heutigen Tag noch fremde Bürger. So ist es jedem politischen Säugling klar, daß wir bei den palästinensischen Munzipalitäten wenig Chancen haben. Aber die Idee, die ebenso politisch richtig wie praktisch zweckmäßig ist, ist von den politischen Führern des Jischuw nicht akzeptiert worden. Die Revisionisten werden die Wahlen in Jerusalem boykottieren, die herrschenden politischen Parteien aber werden an ihnen teilnehmen und dadurch nur das Parlament seiner Verwirklichung näher bringen.

Das ist eine Selbstmordpolitik. Eine andere politische Linie hat aber die Zionistische Exekutive nicht vorgeschlagen. Im Aktions-Komitee hat der faktische Oberherr der offiziellen zionistischen Politik, Ben Gurion, folgenden wahrhaft genialen Gedankengang entwickelt: Die Regierung ist fest entschlossen, ein Parlament zu schaffen. Da ist nichts zu machen. Man muß sich deshalb mit den Arabern verbinden. Wir müssen zu den arabischen Politikern gehen und sie aufklären, daß weder sie noch wir von einem Parlament Nutzen ziehen werden, denn dieses wird nur ganz bestimmt ein Spiel in den Händen der Engländer sein. Man muß den Arabern zu verstehen geben, daß auch sie gegen ein Parlament sein müssen, daß sie statt dessen eine Beteiligung am »Exekutivrat« Palästinas verlangen müssen, d. h. an der ausübenden Gewalt: je zwei jüdische und je zwei arabische Vertreter in jedem Regierungsdepartement.

Die Mitglieder des Aktions-Komitees, die nicht zu Ben Gurions politischen Anhängern gehören, suchte ihm zwar klar zu machen, daß sein Plan eine gefährliche Utopie sei, da die Araber sich nie von einem Parlament mit arabischer Mehrheit lossagen werden, das für sie eine wichtige Position im Kampf gegen die jüdische Einwanderung darstellen wird. Der Gedanke ist ja obendrein auch gefährlich, weil er den Arabern auch der Appetit auf Anteilnahme an dem administrativen Apparat des Landes bringen kann. Ben Gurion blieb bei seiner Ansicht.

Und es ist sehr wohl möglich, daß wir in Kürze werden beobachten können, wie die Zionistische Exekutive auf Grund dieses »genialen« Planes die Parlamentsgefahr bekämpft.

I. Schechtman (Paris)

„Chasit-Haam“ erscheint wieder.

Der „Chasit-Haam“ hat (nach der Unterbrechung von einem Monat wegen des von der Palästina-Regierung gegen ihn erlassenen Verbotes) sein Erscheinen wiederaufgenommen. Er erscheint zweimal wöchentlich. In der Zwischenzeit wurde ein einmaliges Blatt „Esor Magen“ herausgegeben, das dieselbe Richtung im Revisionismus vertrat wie der „Chasit-Haam“.

Ein englisches »Cause Célebre«:

Der Fall Slater

(Schluß).

Es setzte eine energische Pressekampagne zugunsten Slaters ein, es folgten Interpellationen im englischen Unterhaus, und viele Kriminalisten beteuerten, daß Slater unschuldig sei. Der berühmte kriminalistische Schriftsteller Sir Arthur Conan Doyle gab im Jahre 1912 eine gedruckte Broschüre »Der Fall Slater« heraus. Nach seiner Meinung schien die Hypothese, daß die Polizei, von einem falschen Gedankengang (die verpfändete Brosche) ausgehend, ganz zufällig den richtigen Mann ertappt habe, allzu unwahrscheinlich. Conan Doyle behauptete daß die Staatsanwaltschaft nicht bewiesen habe, daß es sich bei Slaters Abreise aus Glasgow um eine Flucht handelte, und daß auch die »Beweise« die man aus Slaters Mantel und Hammer gewonnen habe, keinen positiven Wert hätten. Er zog den Schluß aus dem Benehmen der Zeugin Lambie gleich nach dem Mord, daß sie ihr Urteilsvermögen vollständig verlassen hat Conan Doyle konstatierte auch die sonderbare Erscheinung, daß die Aussagen der Zeuginnen im Gericht viel positiver und belastender für Slater als in der Voruntersuchung waren. Er stellte übrigens eine neue Hypothese auf, wonach das Ziel des Mörders nicht Raub von Juwelen, sondern ein Testament gewesen sein könnte, und daß eine Brosche entwendet wurde, nur um die Polizei auf eine falsche Spur zu lenken. Conan Doyle setzte beim Mörder eine genaue Kenntnis der Wohnung voraus sowie das Vorhandensein von Nachschlüsseln, mit denen er die Tür der Wohnung öffnete. Conan Doyle legte der Polizei folgendes zur Last (»Daily Mail« vom 28. April 1914): »Unser Standpunkt ist, daß gleich von Anfang an die Polizei auf eine falsche Spur geriet und trotzdem ihre erste Ansicht verteidigt hat. Wir werden nie die Gerechtigkeit erreichen, wenn eine Untersuchung dieser Polizeimethoden ausbleibt. Unser Standpunkt ist, daß die Polizei die Verurteilung Slaters durch **Niederschlagung und Aenderung von Beweismaterial** gesichert hat.«

Auch der berühmte Kompilator englischer Beweisprinzipien und Regeln der Zeugenvernehmung Sir Stephan unterzog das Belastungsmaterial, das gegen Slater vorgebracht wurde, einer durchgreifenden Kritik, forderte die Schaffung eines schottischen Appelationsgerichtes in Strafsachen (in Schottland gab es bis 1926 keine Appellationsinstanz in Strafsachen), um das Urteil gegen Slater zu revidieren

Die Wahrheit begann nun langsam durchzusickern. Im Jahre 1914 teilte der Polizeileutnant Trench, einer der Glasgower Polizeioffiziere, denen die Untersuchung des Mordes an Miß Gilchrist anvertraut wurde, einem Journalisten mit, daß er seinerzeit der Polizei einen Bericht übergeben habe, wonach Lambie kurz nach dem Mord ausgesagt hat, der Mörder sei A. B. (ein Verwandter der Ermordeten). Auf Grund dieser Aussage wurde auch eine Nichte der Ermordeten, Miß Birrell verhört. Die letztere erzählte, daß Lambie zu ihr eine Viertelstunde nach dem Morde gekommen sei und ihr gesagt habe: »Ich denke, es war A. B. . . . Ich bin sicher, daß es A. B. war«, worauf Miß Birrell sie bat: »Mein Gott, Nellie, sagen Sie es nicht . . Wenn Sie es nicht ganz sicher wissen, so sagen Sie es nicht.« Auch zwei andere Polizeioffiziere wußten von dieser Aussage, aber der Polizeiinspektor Douglas hatte die Untersuchung in dieser Richtung mit den Worten niedergeschlagen, er sei überzeugt, daß A. B. nichts mit dem Morde zu tun habe. Diese Aussage wurde den Verteidigern Slaters nicht mitgeteilt, war während der Verhandlung gegen Slater überhaupt nicht aufgetaucht. Als im Jahre 1914 diese Sache in der Presse erschien, leugneten die erwähnten Personen, daß sie jemals etwas über A. B. gesagt oder gehört haben, und Trench wurde nach einem Disziplinarverfahren von seinem Amte suspendiert. Es soll hier hervorgehoben werden, daß Trench ein äußerst fähiger Polizeioffizier war, mit ausgezeichneter Dienstzeit von 21 Jahren. Es wäre schlankweg nicht anzunehmen, daß er die ganze Geschichte erfunden habe.

Bald darauf wurde auch ein medizinischer Bericht von Dr. Adams (einem Bruder des Zeugen Adams) bekannt. Dr. Adams war der erste Arzt, der die Leiche sah. Er berichtete, daß dicht neben dem Kopf der Ermordeten ein Sessel stand. Dr. Adams bemerkte, daß ein Bein des Sessels, der am weitesten vom Kopfe der Leiche entfernt stand, vom Blut durchsäugt gewesen sei, dagegen waren die übrigen Beine des Sessels nur mit Blut bespritzt. Daraus zog Dr. Adams den Schluß, daß der Mörder den Sessel als Waffe benutzt hat. Dieser Bericht wurde dem Gericht nicht vorgelegt, auch die Verteidigung Slaters hatte davon keine Kenntnis.

Die Howard-Liga für Strafrechtsreform äußerte sich in ihrer Zeitschrift, daß »die Gerichtsverhandlung gegen Slater so ungerecht war, die Anklagezeugen so meineidig waren, der Staatsanwalt die Geschworenen so irregeführt hat, daß man den Verdacht aussprechen könnte, irgendwelche andere Motive müßten existieren, die zur Verurteilung beigetragen haben«.

Erst im Jahre 1928 setzte das schottische Appelationsgericht Slater auf freien Fuß, und die Regierung zahlte ihm auch eine Entschädigung.

Wir schließen unsere Skizze über den Fall Slater mit dem Spruche des Lord Collins, der in dem Bericht der Kommission, die zur Untersuchuung der Verurteilung eines Adof Beck im Jahre 1904 konstituiert war, enthalten ist, wie folgt:

»Beweise der Identifikation eines Mörders, auf persönlichen Eindrücken begründet sind, obwohl bona fide, die am wenigsten verläßlichen von allen Arten der Beweise und, falls sie nicht durch andere Tatsachen bekräftigt sind, können kaum als Basis für eine Verurteilung dienen.«

(Adolf Beck wurde seinerzeit von drei Frauen identifiziert.)

Man vergleiche nun diesen Prozeß mit dem soeben abrollenden Arlosoroff-Mordprozeß in Jerusalem.

Eva Lewin.

Letzte Nachrichten

Der neue Kurs in Lettland

Riga. Nachdem der Führer des jüdisch-sozialistischen „Bundes“, Prof. Meisel, am Tage der Ausrufung der Diktatur-Regierung in Lettland neben anderen jüdischen Sozialisten verhaftet worden war, ist nun auch der Führer der Zionisten-Sozialisten (Poale Zion-Hitachduth) in Lettland, Professor Laserson, verhaftet worden. Auch andere Führer der Zionisten-Sozialisten und des „Bund“ wurden neuerdings verhaftet. Nachdem die jüdischen Zeitungen aller Richtungen bereits verboten sind, ist nun auch die Einfuhr der Warschauer jüdischen Tageszeitungen „Hajnt“ und „Dos Wort“ verboten worden.

Der Unterrichtsminister Adamovitsch leitete eine administrative Schulkonferenz, in der beschlossen wurde, das Schulsystem in Lettland neu zu organisieren und das administrative Schulsystem der nationalen Minderheiten, auch der Juden, zu liquidieren.

Riga. Nun ist auch das Agudah-Organ „Unser Stime“ durch die Behörde verboten worden. Einer Abordnung der arbeitslos gewordenen jiddischen Journalisten erwiderte der Diktator Ulmanis, er wolle jeder nationalen Minderheit nicht mehr als eine Zeitung erlauben; die Juden müssen sich bis auf weiteres mit der russischen Zeitung „Sewodnja“ begnügen. — Einem Vertreter des Krakauer „Ilustrowani Kurjer“ erklärte Ulmanis, wer die Staatsinteressen über seine persönlichen stellt, hat hier nichts zu fürchten; damit ist die Frage nach dem Schicksal der Juden von selbst beantwortet.

Jüdische Rechte in Litauen in Gefahr.

Kowno. Die Führer des litauischen Judentums sind im Hinblick auf die schwere Gefahr, die das neue Gesetzprojekt über Einführung von Prüfungen für Handwerker und Inhaber anderer Berufe für die Existenz von drei Vierteln der jüdischen Gesellschaft in Litauen bedeutet, zu einer Beratung zusammengetreten. Es wurden Mittel zur Abwehr dieser die jüdischen Rechte bedrohenden Gefahr, die sich auch vernichtend auf das jüdische Schulwesen auswirken kann, erwogen und u. a. beschlossen, die Judenheit Lettlands aufzuklären und bei den zuständigen Regierungsinstanzen gegen die Inkraftsetzung des Gesetzes zu intervenieren. Die Tageszeitung „Ydische Stime“ befürchtet, daß im Falle des Inkrafttretens des neuen Gesetzes zehntausende Familien werden dem Hunger preisgegeben sein. Das Prüfungsgesetz ist so stilisiert, daß nur wenige Berufstätige den vorgeschriebenen Bedingungen werden entsprechen können. Man wird sich über Gegenstände examinieren lassen müssen, die mit dem eigentlichen Beruf nicht im geringsten zusammenhängen. Personen, die eine Schule mit nicht litauischer Unterrichtssprache besucht haben, werden einem besonderen Prüfungssystem unterzogen werden, so daß die Schulen mit hebräischer und jiddischer Unterrichtssprache nicht mehr als Anstalten werden gelten können, die den Schülern eine Bildungsgrundlage fürs Leben geben. Die Zeitung fordert alle jüdischen Organisationen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens auf, noch im letzten Augenblick sich aufzuraffen, um zu retten, was zu retten ist.

Der antisemitsche Terror in Polen dauert fort.

Warschau. Die jüdischen Zeitungen bringen ununterbrochen Nachrichten über den fortdauernden Terror der Oadikal-Nationalen gegen die jüdische Bevölkerung in Warschau und in der Provinz. Der aus Kazmir in Warschau zum Besuch seiner Kinder eingetroffene hochbetagte Berl Briedmann wurde im Traugus-Park in Gegenwart seiner Kinder von Radikal-Nationalen überfallen und mit Steinen bearbeitet. Der Greis blutete aus vierzehn Wunden und war längere Zeit bewußtlos. Ein Polizist hielt einen der Täter an, ließ ihn aber bald laufen. In der Nähe des Luna-Parks wurden mehrere Juden von Huligans, die immer wieder „Schlagt die Juden!“ riefen, schwer mißhandelt. Auch in der Tlomacka-Gasse in der Nähe der Großen Synagoge wurden jüdische Passanten von Huligans mißhandelt, wobei sich die Polizei nicht einmischte.

Die jüdischen Lastträger Jechiel Lauf, Chaim Karen, Simcha Kosicki und Israel Breifman wurden administrativ zu Arreststrafen von 14 bis 30 Tagen verurteilt, weil sie sich am „Eisernen Tor“ den Huligans, die jüjdische Pasasnten mißhandelten, entgegenstellten. Gegen das Urteil wurde beim Kreisgericht in Warschau Revision eingelegt.

In Lomazy, Podolien, haben Huligans, die im Zusammenhang mit den antijüdischen Ausschreitungen am Schewuos-Fest verhaftet, aber bald wieder freigelassen wurden, neuerdings antijüdische Exzesse veranstaltet. Allabendlich werden in jüdischen Wohnungen Türen und Fenster eingeschlagen. Die Bevölkerung lebt in schwerer Panik.

Warschau. „Gazeta Warszawska“ teilt mit, daß in Polnisch-Teschen (Cieszyn) die antijüdischen Exzesse sich wiederholt haben und daß einige jüdische Geschäftsläden demoliert wurden.

In Lemberg haben nationaldemokratische Studenten und Huligans jüdische Passanten in mehreren Straßen überfallen und schwer mißhandelt. Man zählt sehr viele verletzte Juden, von denen einige schwere Verletzungen davontrugen. Die Polizei verhaftete mehrere Studenten.

Jüdischer Volksgenosse!
Du mußt das lesen!

Immer gebieterischer drängt sich die Erkenntnis auf, daß der Weg des nationalen Bewußtseins der einzig gangbare Weg für die jüdische Volksgemeinschaft ist. In einer Zeit, die durch impulsiven Dynamismus gekennzeichnet ist, in der eine wahre Umwertung aller Werte auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiete vor sich geht, in der sogar der Sozialismus eine nationale Prägung annimmt, bildet das nationale Bewußtsein die einzige Möglichkeit, mit anderen Völkern al pari gesetzt zu werden, es bildet die schärfste Waffe im Kampfe gegen den politischen und sozialen Untergang eines Volkes.

Jüdischer Arbeiter, Kaufmann und Intelligenzler! Es nützt Dir nichts, wenn du dich hinter die vermoderte Wand der liberal-assimilatorischen oder pseudozionistischen Presse versteckst und stammelst: »Ich will von Politik nichts wissen«. Der zionistische Revisionismus ist da! Er klopft an deine Türe, appelliert an dein Herz, rüttelt dein Gewissen wach.

Jüdischer Volkgenosse! Es ist diesmal nicht viel, was wir von dir verlangen. Ein Blatt wird dir in die Hand gedrückt, das den Schrei der Seele Israels nach Erlösung verkörpert. Es wird dir die ganze Größe der historischen Stunde, in der das jüdische Volk heute lebt, zum Bewußtsein bringen, es wird dein nationales Gefühl schmieden, es wird dir ungeahnte, durch die ganze geschichtliche Entwicklung bedingte Perspektive des jüdischen Volkes vor Augen führen. Du mußt es lesen, kaufen und fördern. Denn über den harten jüdischen Alltag hinaus, ist

dein Traum,
deine Zukunft,
dein Stolz,
dein Blatt,
»Der Judenstaat«.

In Polen droht der Hälfte der jüdischen Handwerker Existenzverlust.

Warschau. Das jüdische Wirtschaftskomitee und der jüdische Handwerkerverband stellen in einer Erklärung fest, daß die kürzlich veröffentlichte Novelle zum Industriegesetz, die den Handwerkern eine sechsmonatige Frist zur Besserung ihrer Registration setzt, im Gefolge haben wird, daß etwa 50 Prozent der jüdischen Handwerker in Polen die Arbeit werden niederlegen müssen, weil sie nicht im Besitze der vorgeschriebenen Dokumente sind. Es wurde beschlossen, eine Aktion einzuleiten, um diesen in die Tausende gehenden jüdischen Handwerkern die Möglichkeit zu verschaffen, ihren Beruf weiter auszuüben.

Ein SA-Mann weint!

Prag. Man teilt mit: Eine erschütternde Episode, die beweist, wie furchtbar die Martermethoden des Dritten Reiches oft auf den einzelnen Menschen wirken, wird aus dem Urwaldreich Streichers, aus Franken, berichtet. In Ansbach gibt es noch eine Montessori-Schule, in der unter arischen Schülern sich auch noch einige nichtarische befinden. Eines Tages, nach Schluß des Unterrichtes, verließ die Lehrerin mit einem zehnjährigen jüdischen Mädchen an der Hand das Klassenzimmer, als plötzlich ein SA-Mann in voller Uniform vor ihr auftauchte. Er war der Vater einer Schülerin, der sich bei der Lehrerin über sein Kind erkundigen wollte. Als das kleine jüdische Mädchen den SA-Mann sah, begann es am ganzen Leibe zu zittern, riß sich von der Hand der Lehrerin und warf sich weinend dem SA-Mann zu Füßen. „Ich bin eine Jüdin, bitte tun Sie mir nichts!“ rief sie schluchzend und vor Angst bebend. Der SA-Mann blickte wie erstarrt auf das Kind vor sich, wandte sich dann um und weinte! Wortlos ging er weg.

Neue Regierung Bulgariens sichert Juden Gleichberechtigung zu.

Sofia. Der Präsident des Konsistoriums der bulgarisch-jüdischen Gemeinden, Dr. Chaim Farchi, und der Präsident der bulgarisch-palästinensischen Handelskammer, Dr. Saul Mezan, erklärten gegenüber dem Vertreter der Jüdischen Telegraphen-Agentur, daß in ganz Bulgarien völlige Ruhe herrscht, daß die Juden um ihre Situation nicht besorgt sind, da die neue bulgarische Regierung die jüdischen Kreise dahin informiert hat, daß unter dem neuen Regime die **physische Sicherheit** und die volle **bürgerliche und politische Gleichberechtigung** der bulgarischen Juden garantiert seien.

Zahl der jüdischen Flüchtlinge in der Tschechoslowakei vermindert sich.

Prag. Nach einem amtlichen Bericht des Innenministeriums halten sich gegenwärtig auf dem Gebiete der Tschechoslowakei 1533 Emigranten aus Deutschland und Oesterreich auf. Von jüdischer Seite wird mitgeteilt, daß sich beim jüdischen Hilfskomitee seit dem Umsturz in Deutschland 2800 Personen angemeldet haben, von denen mehrere mit Hilfe des Komitees, teilweise nach landwirtschaftlicher Ausbildung, ins Ausland, hauptsächlich nach Palästina, Brasilien, Argentinien und Tunis, sich begeben konnten. Heute führt das Komitee 220 Personen, die nicht untergebracht werden konnten, in Evidenz.

Brüssel. Wie vom jüdischen Flüchtlingshilfskomitee mitgeteilt wird, hat sich die Zahl der Opfer des deutschen Antisemitismus in Belgien nicht vermehrt. In der letzten Zeit kamen aus Frankreich und Holland ausgewiesene Flüchtlinge nach Belgien; es wurden Schritte bei der französischen Regierung unternommen, woraufhin die Ausweisungen aufhörten. Die belgische Regierung hat ihr Verhalten gegenüber den Flüchtlingen nicht geändert. Im Hinblick auf die im Lande herrschende Arbeitslosigkeit kann nur Flüchtlingen in beschränkter Zahl Arbeitserlaubnis erteilt werden. Den politischen Flüchtlingen, die in deutschen Gefängnissen gesessen haben, wird volles Asylrecht gewährt, so daß sie auch Arbeitserlaubnis haben; den anderen Flüchtlingen wird nur, wenn sich die Wirtschaftslage bessert, Arbeitserlaubnis gegeben werden können. Flüchtlinge, die über genügend Mittel verfügen, dürfen im Lande bleiben. Mittellose Flüchtlinge, die Arbeitserlaubnis nicht haben, dürfen so lange bleiben, bis die Komitees in Antwerpen und Brüssel für sie ein Unterkommen in anderen Ländern gefunden haben.

Oesterreichische Industrie und palästinensisches Absatzgebiet.

Der soeben von der Levante-Messe in Tel-Aviv zurückgekehrte Delegierte der österreichischen Handelskammern, Regierungsrat Dr. Anton Sattler-Dornbacher, teilte dem Vertreter der Jüdischen Telegraphen-Agentur einiges über seine Eindrücke und Wahrnehmungen im palästinensischen Wirtschaftsleben mit. Er bemerkte u. a.:

Ich kann der österreichischen Industrie nur sagen, daß sie nicht rasch genug die Chancen, die sich ihr in Palästina bieten, ergreifen kann. Die gesamte palästinensische Wirtschaft ist für die österreichische Industrie von hervorragender Wichtigkeit. Die ungemein rasche Entwicklung Palästinas, das förmlich atemberaubende Tempo des wirtschaftlichen Aufbaues in diesem Lande, hat es zu einem Absatzmarkte allerersten Ranges für alle in Betracht kommenden industriellen Länder gemacht. In Palästina findet eine rapide Angleichung an europäische Lebensformen statt.

Der Anteil des durch die jüdischen Einwanderer bebauten Bodens ist bereits ein Fünftel des gesamten bebauten Bodens in Palästina überhaupt. Palästina wird noch sehr viele Jahre in wachsendem Maße ein bedeutender Markt für alle Erzeugnisse der Industrie sein.

In Wien weilen seit einigen Tagen die Palästinenser Margolin und Israeli von den Ruthenbergschen Unternehmungen zwecks Einkaufes von Maschinen für die palästinensische Industrie.

Palästina-Orange auf dem Weltmarkt.

Der Delegierte der österreichischen Handelskammer auf der Levante-Messe in Tel-Aviv, Regierungsrat Dr. Anton Sattler-Dornbach, hat in seinem Bericht vor den österreichischen Wirtschaftsinteressenten die Frage der Zukunft der palästinensischen Orangenpflanzungen vom weltwirtschaftlichen Gesichtspunkte aus behandelt und hierzu erklät:

Die Orangenpflanzungen in Palästina sind in ständiger Ausdehnung begriffen, das bisher in diesen Kulturen investierte Kapital wird auf 8 Millionen Pfund geschätzt. Die Ausfuhr betrug 1922 bloß 1.2 Millionen 1932 bereits 3,5 Millionen und 1933 fast 5 Millionen Kisten. Für 1934 rechnet man mit einer Orangenernte von 5 Millionen Kisten und in vier Jahren mit 8 Millionen Kisten. Auf Grund einer offiziellen Statistik über den Orangenverbrauch für 1926/27 ergibt sich folgendes Bild: Der Orangenkonsum pro Kopf und Jahr beträgt in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 10.5 kg, in Australien 9.1, in England und Kanada 8.6, in Neuseeland 5.4, in Norwegen und Belgien 4.5, in der Schweiz 4.1, in Deutschland und Frankreich 3.2, in Dänemark 2.3, in der Tschechoslowakei 1.4 und in Polen 0.22. Der gesamte Orangenkonsum der Welt beträgt 60 Millionen Kisten pro Jahr. Bei einer Verbilligung dieser Frucht kann daher noch mit einer wesentlichen Steigerung des Konsums gerechnet werden.

Die ersten Betarim in Jugoslawien auf Hachscharah.

Unserer Schwesterorganisation in Jugoslawien, die sich erst am 19. November 1933 konstituiert hat, ist es infolge der Agilität ihrer Freunde und infolge des großen Interesses, welches für die Bewegung in allen jüdischen Kreisen herrscht, gelungen, einen Gutsbesitzer dafür zu gewinnen, die erste landwirtschaftliche Hachscharah für ihre Betarim in der Nähe von Osijek zu errichten.

Die ersten fünf Betarim, die nunmehr auf zwei Jahre Hachscharah gehen, kommen aus Skoplje.

Die Möglichkeit auf eine landwirtschaftliche Hachscharah zu kommen, hat nicht nur unter den fünf Betarim, auf welche die glückliche Wahl gefallen ist, Enthusiasmus hervorgerufen, sondern auch das ganze jüdische Viertel war in einer Weise begeistert, wie es Skoplje noch nicht gesehen hat. Die ganze Bevölkerung begleitete unsere Jungens zum Bahnhof und warf ihnen am Marsch durch die Stadt Blumen zu.

Aus Bern.

Am 23. Mai 1934 hielt die Union Zionisten-Revisionisten, Ortsgruppe B e r n, ihre ordentliche Generalversammlung ab. Zum Tagespräsidenten wurde cand. med. R u b i n s t e i n gewählt. Der Ortsgruppenpräsident B. B a s s erstattete den Jahresbericht, in dem er eine Reihe von Pflichterfüllungen gegenüber der Exekutive anführte, unter andern auch den Sieg unseres Kandidaten Herrn Dr. S c h a b b a t, welcher mit großer Mehrheit in Bern zum 18. Kongreß gewählt wurde, was beweist, daß die revisionistische Ortsgruppe unter den zionistischen die stärkste in Bern ist.

Die Versammlung wählte Herrn J. F i n k e l s t e i n zum Vertrauensmann des Keren Tel-Chai-Fonds. In den Verband wurden gewählt: Präsident: B. Bass, Sekretär: Th. Margulies, Kassierin: Frau Schmulewski, Beisitzer: G. Weiß, M. Schmulewski, aus den Studentenkreisen: A. Schlesinger-Rubinstein.

Vom Bund jüdischer Frontsoldaten.

Der im Zirkus Renz abgehaltene Generalappell, verbunden mit der Fahnenweihe, nahm einen imposanten Verlauf. Als Vertreter des Ministers für Landesverteidigung waren General Viktorin, Oberst Moro und Major Stojfa erschienen, ferner Feldmarschalleutnant Weiß-Tihany, die Generale Jobst und Adasiewicz, Vertretungen der Vaterländischen Front, des Heimatschutzes, das Präsidium der Israelitischen Kultusgemeinde, Vertreter der Jüdischen Volkspartei, der Judenstaatspartei, der Zionisten-Revisionisten und anderer jüdischen Verbände. Vom Bunde war eine Ehrenkompagnie aufmarschiert, die unter Führung des Kreisführers Ingenieur Insel stand. Geleitet wurde die Aktion von Hauptmann Egon von Friedmann, Stabschef des Bundes. Unter großen Feierlichkeiten wurde die Fahne der Ehrenkompagnie übergeben. Die Festversammlung wurde von Hauptmann Stiaßny begrüßt, dann sprachen Stabschef Friedmann und die Führerin der Frauengruppe, Kultuspräsident Dr. Friedmann und Rat der Stadt Wien Dr. J. Ehrlich begrüßten den Bund und seine Ziele. Feldmarschalleutnant Weiß-Tihany hob hervor, daß das Wirken des Bundes den Dank aller verdient. Damit brachte er gleichzeitig den Dank der alten Frontsoldaten zum Ausdruck. Die Feier fand mit der Absingung der Bundeshymne und der mit stürmischem Applaus aufgenommenen „Tikwah“ ihren würdigen Abschluß.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Landesverband der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs, Wien I., Adlergasse 4, fur den Inhalt verantwortlich Dr. Heinrich Glücker, Wien, VIII., Lammgasse 10. — Druck: Sofie Brakl (verantw. Josef Mayer), Wien VII., Halbg. 9.